

Hintergrundinformation

01. APRIL 2019

**SPÖ**



**SOLIDARISCHES**

**EUROPA**

Faire Steuern für  
multinationale Großkonzerne

# FAIRE STEUERN FÜR GROSSKONZERNE

Ein modernes Europa braucht eine funktionierende Infrastruktur, gute Bildungseinrichtungen, würdige Pflege in hoher Qualität – und ein modernes Europa muss für sozialen Ausgleich sorgen. Das ist eine Aufgabe, die sich nicht von alleine löst, sondern für die alle in Europa gemeinsam anpacken müssen. Dafür müssen alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen einen fairen Anteil zur Finanzierung beitragen. Für die Sozialdemokratie ist klar: Breitere Schultern, sollen auch mehr an Steuern beitragen. Dieser Grundsatz muss sich auch in Europa stärker durchsetzen.

## WAS KANN ZU EINEM FAIREN STEUERSYSTEM IN EUROPA BEITRAGEN?

Die Vergangenheit hat zu oft gezeigt: Gerade große Konzerne versuchen, sich vor ihrer Steuerverpflichtung zu drücken. Hier sagt die Sozialdemokratie „Stopp!“. Multinationale Großkonzerne bewegen sich nicht im luftleeren Raum, sondern tragen ebenso Verantwortung für ein funktionierendes Zusammenleben in Europa. Dafür müssen sie einen gerechten Beitrag leisten. Europa und seine Staaten brauchen einen fairen Steuerbeitrag von Klein und Groß – weil alle davon profitieren. Für die Sozialdemokratie sind folgende Punkte die wesentlichsten Eckpfeiler für ein faires Steuersystem in Europa:

- Gerechte Steuern auf EU-Ebene
- Mindeststeuersatz gegen Steuerdumping
- Kürzung der Förderungen für unsolidarische EU-Staaten
- Faire Steuern für multinationale Großkonzerne

## GERECHTE STEUERN AUF EU-EBENE

In Zeiten der Globalisierung wird die EU als steuerpolitische Instanz immer wichtiger. Umso problematischer ist es daher, dass viele wichtige Steuerprojekte auf EU-Ebene den Klientelinteressen einzelner Mitgliedsländer und den Unternehmenslobbyistinnen und -lobbyisten geopfert werden. Mit gerechten Steuern gegen Profit-Shifting (grenzüberschreitendes Verschieben von Gewinnen, um die Steuerpflicht zu mindern) und Steuerbetrug lassen sich selbst laut konservativsten Schätzungen rund **200 Milliarden Euro mehr einnehmen**. Weitere Schätzungen – zum Beispiel der Europäischen Kommission – gehen **von einem Potenzial von bis zu 1.000 Milliarden Euro** aus.

Diese zusätzlichen Einnahmen sind dringend notwendig. Einerseits für den EU-Haushalt, wo der Brexit ein Loch ins EU-Budget reißt. Andererseits braucht es zusätzliche Budgetmittel für wichtige Zukunftsinvestitionen. Zum Beispiel für die koordinierte Spitzenforschung nach Vorbild der USA oder für einen Ausbau der „Transeuropäischen Netze (TEN)“.

Und auch Österreich braucht diese finanziellen Mehreinnahmen. Gerade für Bereiche, in denen die sozialen Herausforderungen liegen und immer größer werden: Wohnen, Bildung und Pflege.

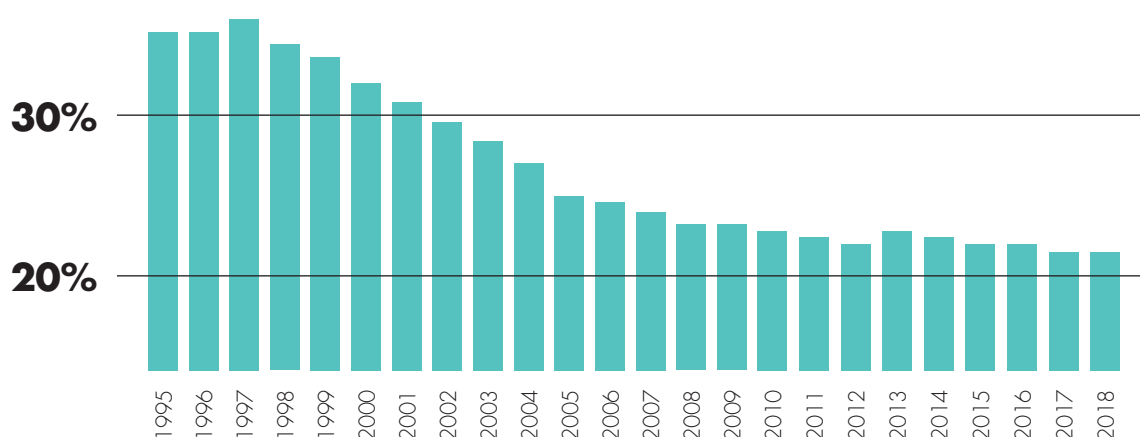
Wegen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung wird die Bedeutung der EU-weiten Kooperation in der Steuerpolitik weiter zunehmen. Die nationale Souveränität in der Steuerpolitik besteht vielfach nur mehr auf dem Papier. Ein schrittweiser **Verzicht auf die Vetomöglichkeit im Rat der Europäischen Union** (Einstimmigkeitsprinzip) würde mehr Kooperation und damit mehr nationalen Handlungsspielraum bringen.

## EUROPÄISCHER MINDESTSTEUERSATZ GEGEN STEUERDUMPING

Das Steuerdumping unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union intensiviert sich weiter. Die einzig vernünftige Antwort ist ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen. Das Abstimmungsverhalten im EU-Parlament zeigt, dass die konservativen Fraktionen diesen Mindeststeuersatz verhindern. Man sollte der Ideologie des „guten“ Steuerwettbewerbs entgegnetreten. Die Erfahrung zeigt: Steuerwettbewerb ist immer schädlich, weil er die Steuerbelastung von Kapital weg in Richtung Arbeit verschiebt und damit beschäftigungsschädlich wirkt.

## STEUERDUMPING AM BEISPIEL KÖRPERSCHAFTSSTEUER (EU28)

Durchschnittlicher Körperschaftssteuersatz in Prozent  
Quelle: EU-Kommission (Jänner 2019)



Gegen das **Profit-Shifting** der multinationalen Großkonzerne hilft nur ein Systemwechsel in der Konzernbesteuerung hin zu einer Gesamtkonzernsteuer (Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage, GKKB) verbunden mit einem **EU-weiten Mindeststeuersatz**, um auch dem Dumping der Steuersätze endgültig einen Riegel vorzuschieben.

## KÜRZUNG DER FÖRDERUNGEN FÜR UNSOLIDARISCHE EU-STAA TEN

Die EU-Steuerpolitik bewegt sich nicht im luftleeren Raum und sollte gemeinsam mit dem EU-Budget gedacht werden. Die Frage ist, wie sinnvoll eine Nettoförderung von EU-Niedrigsteuerländern aus dem EU-Budget ist. Durch diesen Steuerwettbewerb nach unten werden viele notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben. Vor allem Länder, die so genannte „Netto-Zahler“ sind, kommen dadurch in eine problematische Lage: Sie subventionieren diese

„Steuerzuckerl“ mit ihrem „Netto-Beitrag“. Österreichs Nettobeitrag lag 2016 bei 0,23 der Prozent der Wirtschaftsleistung, was 791,3 Millionen Euro entspricht. Das Beispiel Ungarn verdeutlicht diese Situation: **Ungarn erhält jährlich mehr als 3 Milliarden Euro netto** aus dem EU-Budget und **finanziert damit seine Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einen Tiefstwert** von nur 9 Prozent – dem niedrigsten Steuersatz in der ganzen EU. Die Länder Irland und Zypern, die Hilfskredite in Höhe von 45 Milliarden Euro bzw. 6,3 Milliarden Euro bekommen haben, folgen mit einem Körperschaftsteuersatz von je 12,5 Prozent.

Bis es einen verpflichtenden Mindeststeuersatz gibt, sollten die EU-Förderungen an ein angemessenes Steuerniveau geknüpft sein. Es kann nicht sein, dass die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit ihren Beiträgen das Steuerdumping in EU-Steuerparadiesen finanzieren.

## **FAIRE STEUERN FÜR MULTINATIONALE GROSSKONZERNE**

Wir müssen die Vorschläge der EU-Kommission für eine digitale Betriebsstätte rasch umsetzen, denn: Wir brauchen endlich eine geeignete Besteuerung für Internetkonzerne. Nachdem Finanzminister Löger in der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft keine Maßnahmen in diese Richtung umgesetzt hat, bastelt er jetzt gemeinsam mit Deutschland und Frankreich an einem faulen Kompromiss. Im Gespräch ist eine so genannte Online-Werbeabgabe, die zwar „Digitalsteuer“ heißen soll, aber nur einen Bruchteil der digitalen Umsätze erfasst. Das ist eine Täuschung der Wählerinnen und Wähler.

Stattdessen sollte eine sinnvolle Ausgestaltung dieser Steuern auf europäischer Ebene angestrebt werden. **Bis zu einer EU-weiten Lösung**, sollte eine **österreichweite Digitalsteuer** entsprechend dem Vorschlag der EU-Kommission umgesetzt werden.

Das derzeitige Mehrwertsteuersystem ist ein Dauerprovisorium und an wesentlichen Stellen unnötig kompliziert und betrugsanfällig (zB beim so genannten Karussellbetrug). Zur Verbesserung dieser Situation sind aus Sicht der Sozialdemokratie zwei wesentliche Änderungen nötig.

Einerseits sollen die grenzüberschreitenden Lieferungen zwischen Unternehmen zukünftig wie inländische Lieferungen besteuert werden. Dadurch wird die Betrugsanfälligkeit, die sich zum Beispiel bei einem Konstrukt wie dem Karussellbetrug ergeben, reduziert. Etwaige Mehrbelastungen für exportierende Unternehmen sollen durch einen „One-Stop-Shop“ vermieden werden.

Wir fordern mehr **Flexibilität beim Festsetzen von Mehrwertsteuersätzen**. Das hat auch die EU-Kommission bereits im Jänner 2018 vorgeschlagen. Es ist völlig unverständlich, warum der innereuropäische Flugverkehr steuerbefreit sein kann, eine solche Befreiung bei Mieten aber nicht vorstellbar scheint. Bisher sind zwei ermäßigte Steuersätze erlaubt. Künftig sollen es drei ermäßigte Steuersätze plus eine echte Befreiung sein. Diese Möglichkeit würden wir nutzen, um eine **echte Steuerbefreiung für Mieten** zu ermöglichen. Dadurch können die Mietkosten um 10 Prozent gedrückt werden!

Die schwarze Liste der EU, die die nicht-kooperativen Drittstaaten enthält, ist ungenügend, weil sie zahnlos ist. Die Kriterien, an die die Sanktionen geknüpft sind, sollen verschärft und mit echten Sanktionen versehen werden. Ein Beispiel dafür wäre etwa eine Transaktionssteuer auf Zahlungen nach oder aus Steuersümpfen.